

Der Verzicht

Ukraine: Zugunsten des Schokoladen-Königs Pjotr Poroschenko will Vitali Klitschko nicht kandidieren

Der Boxer kneift nicht, wie einige vorschnell vermuten, sondern will die Siegchancen des Reform-Lagers erhöhen.

■ Von Hartmut Scherzer

Frankfurt. Nun könnte Vitali Klitschko ja noch einmal boxen, nachdem der „Champion Emeritus“ sein großes politisches Ziel, Präsident der Ukraine zu werden, völlig überraschend aufgegeben hat. „Ein Boxer geht aus dem Ring, noch bevor der Kampf überhaupt so richtig begonnen hat“, lautete die despektierliche Anmoderation von Caren Miosga am Samstagabend zur Topnachricht in den „Tagesthemens“. Auf dem Parteitag seiner UDAR in Kiew hatte der populäre Ansprechpartner des Westens seine am 24. Oktober 2013 vor dem Parlament, der Werchowna Rada, offiziell angekündigte Kandidatur für das Präsidentenamt zurückgezogen.

Der einstige Schwergewichtsweltmeister traf seine Entscheidung zugunsten des Oligarchen, Milliardärs und Süßwaren-Unternehmers Pjotr Poroschenko (48), dem er seine volle Unterstützung gewähren will. Der „Schokoladen-König“, wie einer der zehn reichsten Männer der Ukraine genannt wird, hatte sich beim Protest der letzten Monate auf dem Maidan finanziell engagiert. Dem als ehemaligen Außen- und Wirtschaftsminister erfahrenen Politiker werden nach Umfragen, auch im Osten, wo Klitschko zuletzt in Charkiw mit Steinen und Eiern beworfen worden war, die größten Chancen eingeräumt, am 25. Mai die Präsidentschaftswahlen zu gewinnen.

Daraus hat Klitschko die Konsequenz gezogen, nachdem Poroschenko am Samstag offiziell seine Kandidatur bekanntgegeben hatte. „Was wie vorzeitiges Kneifen“ aussieht, sei vielmehr Taktik, einen „unschlagbaren Gegner“ zu unterstützen, kommentierte die ARD-Moderatorin den Rückzug des 42-jährigen UDAR-Chefs. In der Tat unterzeichneten Klitschko und Poroschenko eine Vereinbarung zur Gemeinsamkeit, um die Effektivität bei der Wahl auf eine Person zu bündeln. Gegen andere politischen Kräfte wie vom „Rechten Sektor“ und dem radikal antirussischen Kurs der ehemaligen Premierminis-

terin Julija Timoschenko als Folge der Annexion der Krim durch Putin („Ich bin bereit, eine Kalaschnikow zu nehmen und diesem Dreckskerl in die Stirn zu schießen“) wollen die Partner Poroschenko und Klitschko „die Unabänderlichkeit europäischer Reformen in der Ukraine bewahren“, wie es in einer Erklärung der UDAR heißt.

Bald Bürgermeister?

„Auf dieser Basis, die demokratischen Kräfte zu vereinen, haben wir uns auf einen Kandidaten geeinigt“, sagte Klitschko. Die Übergabe der Kandidatur mit Unterschrift und Handschlag verlief allerdings nicht gerade besonders herzlich. Der Boxer, der zuletzt mit Politgrößen wie Angela Merkel und David Cameron, Frank-Walter Steinmeier und John Kerry an einem Tisch gesessen hatte, sich auf dem Parkett der Sicherheitskonferenz in München und der Tagung der europäischen Volksparteien in Dublin bewegt hatte, verabschiedete sich mit versteinerter Miene von der großen Politik. Er will nun im dritten Anlauf Bürgermeister von Kiew werden.

Das ist, als ob Vitali Klitschko aus der Champions League aussteigt und nur noch in der Premier Liga der Ukraine spielt.

Der Kampf gegen Korruption und für europäische Reformen waren die politischen Ziele des Boxchampions, als er vor vier Jahren die Partei „Ukrainische Demokratische Allianz für Reformen“ (UDAR/„Schlag“) gründete. Bei der Parlamentswahl im Oktober 2012 war die UDAR mit 14 Prozent drittstärkste Partei. Klitschko aber wurde vor allem von Ambitionen getrieben, den autoritären und kleptokratischen Präsidenten Viktor Janukowitsch bei der Präsidentschaftswahl im März 2015 zu besiegen. Als Galionsfigur der Revolution auf dem Maidan trug Klitschko entscheidend zum Sturz und zur Flucht des Präsidenten bei. „Es ist ein politischer Knock-out für Janukowitsch“, triumphierte Klitschko, beteiligte sich mit seiner Partei aber nicht an der Übergangsregierung von Ministerpräsident Arsenij Jazenjuk (Vaterlandspartei), sondern wiederholte seine Absicht, bei den vorgezogenen Neuwahlen für das Präsidentenamt zu kandidieren.



Handschlag: Der Unternehmer Pjotr Poroschenko (links) mit Vitali Klitschko, der einen Rückzieher macht.

Foto: dpa

Seinen Rücktritt vom Boxring hat der WBC-Champion nie offiziell verkündet. Noch im vergangenen Herbst war er bereit, zur Pflichtverteidigung gegen den offiziellen Herausforderer Bermain Stiverne anzutreten. Dann kam es zum Aufstand auf dem Maidan mit dem Boxchampion als Anführer. Der World Boxing Council (WBC) ernannte Vitali Klitschko am 16. Dezember zum „Champion Emeritus“, ein Status, der ihm das Recht einräumt, jederzeit gegen seinen Nachfolger anzutreten. Um den vakanten Titel boxen am 10. Mai in Los Angeles der von Klitschko bereits einmal besiegte Latino Chris Arreola (Aufgabe 10.Runde) und der Kanadier Stiverne. Im Moment können sich weder Vitali Klitschko selbst noch sein Trainer Fritz Sdunek ein Comeback

vorstellen. Letztmals boxte Vitali Klitschko (45 Siege, zwei Niederlagen wegen Verletzung) am 8. September 2012 – in Moskau, wo er Manuel Charr in der 4. Runde durch Technischen K.o. besiegte. Schon einmal, 2008, kehrte Vitali Klitschko als „Champion Emeritus“ nach vierjähriger Pause in den Ring zurück und wurde durch Aufgabe Samuel Peters wieder Weltmeister. Wer weiß, ob es ihm mit dann 43 Jahren im Herbst dieses Jahres nicht wieder in den Fäusten juckt, sich den Titel abermals zurückzuholen. Den „Stanglwirt“ betrachtete Vitali Klitschko stets „als Sanatorium“, die Vorbereitung in dem Tiroler Camp „als Erholung“ vom Politstress. Beides würde dem ausgezeigten Politiker nach vier dramatischen Monaten auf dem Maidan gewiss gut tun.

PROTRÄT Ein politischer Unternehmer

Pjotr Poroschenko gilt wegen seines Süßwarenkonzerns Roshen als „Schokoladenkönig“ der Ukraine – und ist möglicherweise schon bald Staatschef der Ex-Sowjetrepublik. Zwei Monate vor der Präsidentschaftswahl am 25. Mai liegt der 48-Jährige in Umfragen vorn. Der talentierte Unternehmer kann auch auf eine lange politische Karriere zurückblicken. Bereits 1998 gelangte der Jurist mit Fachbereich Internationale Wirtschaftsbeziehungen erstmals mit den Sozialdemokraten von Präsident Leonid Kutschma ins Parlament. Mit diesen überwarf sich der vierfache Vater aber bald. Er gehört zu den Gründern der Partei der Regionen, die Viktor Janukowitsch

später ins Präsidentenamt hievte. Wegen „unüberbrückbarer Differenzen“ verließ er aber auch diese Partei schnell und schloss sich Viktor Juschtschenkos Bewegung Unsere Ukraine an. Die protestliche Orangene Revolution von 2004 unterstützte er nicht nur über seine Nachrichtenensender, sondern auch finanziell. Die vom Kreml im August 2013 gegen die Ukraine initiierten Wirtschaftssanktionen treffen ihn hart, da er die Hälfte seiner Produkte in das Nachbarland exportierte. Er galt als Hauptfinanzier der Maidan-Proteste. Experten schätzen Poroschenkos Vermögen auf 1,3 Milliarden Dollar. dpa

Weiter Streit um Doppelpass

Berlin. Der Kompromiss zum Doppelpass sorgt weiter für Streit. Unions-Fraktionschef Volker Kauder (CDU) und der SPD-Rechtsexperte Burkhard Lischka verteidigten die Regelung. Dagegen betonten mehrere sozialdemokratische Spitzenpolitiker, dass ihnen die Lösung nicht weit genug gehe. Die Integrationsbeauftragte der Bundesregierung, Aydan Özoguz (SPD), stellte Nachbesserungen in Aussicht.

Union und SPD hatten sich am Donnerstag darauf verständigt, die sogenannte Optionspflicht für Kinder aus Zuwandererfamilien abzuschaffen, die bis zu ihrem 21. Geburtstag mindestens acht Jahre in Deutschland gelebt haben oder hier sechs Jahre die Schule besucht haben. Alternativ reicht auch das Zeugnis über einen Schulabschluss oder eine Berufsausbildung. In Deutschland geborene Zuwandererkinder, die diese Bedingungen nicht erfüllen, müssen sich weiterhin für eine der beiden Staatsbürgerschaften entscheiden. dpa

Stoiber gegen unsachliche Kritik

Brüssel. Der Anti-Bürokratie-Beauftragte der Europäischen Union, Edmund Stoiber, vermisst bei vielen EU-Kritikern eine konstruktivere Haltung. „Was mir nicht gefällt: Dass die Bürokratie nur angegriffen wird, aber es kommen keine Verbesserungsvorschläge“, sagte der frühere bayerische Ministerpräsident und CSU-Chef. „Das betrifft die Parteien in Deutschland ebenso wie die meisten Mitgliedstaaten.“

Im Oktober will Stoiber nach siebenjähriger EU-Tätigkeit seinen Abschlussbericht vorlegen. Ziel der von ihm geleiteten Expertengruppe sei gewesen, 25 Prozent der von der EU ausgehenden Bürokratiekosten einzusparen. „Von unseren 300 Vorschlägen sind die wichtigsten umgesetzt“, sagte er. „Damit haben wir nach einer Berechnung der Kommission eine Entlastung von 32,9 Milliarden Euro erreicht. Das sind allein für die deutschen Unternehmen etwa sechseinhalb Milliarden Euro, für die bayerische Wirtschaft über eine Milliarde.“ dpa

Widerstand gegen EEG-Novelle

Berlin. Vor dem morgigen Energiegipfel stoßen die Pläne von Wirtschaftsminister Sigmar Gabriel (SPD) in den Ländern weiter auf Widerstand. Thüringens Ministerpräsidentin Christine Lieberknecht (CDU) sagte dem „Tagesspiegel“ (Montagsausgabe), die meisten Länder wollten die Novelle des Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG) so nicht akzeptieren. Niemand könne aber ohne die Bundesländer das EEG verändern und die Energiepreise vorantreiben. Lieberknecht warf Gabriel vor, mit seinem Gesetzentwurf würden „nur noch die großen Investoren Anreize erhalten“. Konkret wandte sie sich gegen die geplante Senkung der staatlichen Förderung bei der Energiegewinnung aus Biomasse. Die gesamte Energieerde werde so Akzeptanz verlieren. dpa

IMPRESSUM

Frankfurter Societäts-Medien GmbH
Geschäftsführung: Hans Hornigghausen
Chefredakteur: Rainer M. Gefeller
Stellv. Chefredakteur:
Thomas Rühlmüller
Chef vom Dienst: Peter Schmitt

Die verantwortlichen Redakteure:
Politik: Dr. Dieter Sattler, Blick in die Welt: Pia Rolfs;
Hessen: Christiane Warnicke; Wirtschaft: Michael Balk; Kultur und Service: Michael Kluger; Sport: Michael Lennartz; Autor: Georg Haupt.

Redaktion und Verlag:
Postanschrift: 60268 Frankfurt am Main; Hausadresse: Frankenallee 71-81, 60327 Frankfurt am Main; zugleich auch ladungsfähige Anschrift für alle im Impressum genannten Verantwortlichen und Vertretungsberechtigten. Telefonnummern: (0 69) 75 01-0, Fax: (0 69) 75 01-42 92. E-Mail: redaktion@fmp.de; Internet: www.fmp.de

Anzeigen:
Jörg Mattutat; Anzeigenverkauf: RheinMainMedia GmbH, Postfach 200221, 60606 Frankfurt am Main, Telefonnummern: (0 69) 75 01-40 00, Telefax: (0 69) 75 01-41 65.

Anzeigenpreise laut RheinMainMedia-Anzeigenpreisliste Nr. 19, gültig vom 1. Januar 2014; E-Mail-Adresse: service@rheinmainmedia.de; im Internet unter: http://www.rheinmainmedia.de

Vertrieb:
Volker Wintzer; Monatsbezugspreis: 34,95 Euro (einschließlich Zustellerlohn und 7% MwSt.); Postbezug 36 Euro (einschließlich Postvertriebsgebühren und 7% MwSt.). Zur Auslieferung des Abonnements werden, soweit erforderlich, die Abonnementdaten an spezielle Dienstleistungsunternehmen wie die Medienservice GmbH und Co. KG und Zustellpartner weitergegeben. Siehe auch www.fmp.de/abo

Druck:
Frankfurter Societäts-Druckerei GmbH, Kurhessenstraße 4-6, 64546 Morfelden-Walldorf, Telefonnummern: (0 61 05) 98 3-0, Telefax: (0 61 05) 98 3-02, Internet: www.fs-druckerei.de

Bankverbindungen:
Deutsche Bank, IBAN: DE33 5007 0010 0092 7228 00, BIC: DEUTDE33; Commerzbank, IBAN: DE24 3508 0000 0290 0070 00, BIC: COBADE33; Frankfurter Sparkasse, IBAN: DE76 5005 0201 0000 3550 54, BIC: HEFODE33; Frankfurter Volksbank, IBAN: DE20 5019 0000 0019 54 00 00, BIC: FVDFDE33; Postbank, IBAN: DE81 5001 0060 0051 1344 01, BIC: PBNKDE33. Der Verlag übernimmt keine Haftung für unverlangt eingesandene Manuskripte, Fotos und Zeichnungen. Täglich mit „Kultur und Service“.

Für die Herstellung dieser Zeitung wird Recycling-Papier verwendet.

Das Privileg der Windkraft

Bürger wollen mit einer Petition den Bau von Windenergieanlagen einschränken – und hoffen auf Unterstützer

Das Baugesetzbuch privilegiert den Bau von Windkraftanlagen. Dagegen wendet sich eine Petition beim Bundestag.

■ Von Sven Weidlich

Frankfurt. Karl-Heinz Krummeck ist gegen Atomkraft. Als er noch in Dienheim in Rheinhessen wohnte, demonstrierte er gegen das Kernkraftwerk im nahe gelegenen Biblis. Er ist froh, dass der Meiler dort mittlerweile vom Netz ist. Doch auch die Energiewende erfüllt ihn mit Sorge.

Er hat deshalb eine Petition beim Bundestag in Berlin eingereicht, die sich gegen den Bau von Windkraftanlagen wendet. Für die Petition mit der Nummer 49690 suchen er und seine Mitstreiter von zwei Bürgerinitiativen gegen Windkraft jetzt Unterstützer. Sie nennen sich „Bündnis Energiewende Reform“.

Das Ziel: Bis zum Donnerstag wollen sie 50000 Unterzeichner für die Petition mobilisieren. Dann könnte ihr Anliegen in einer öffentlichen Sitzung im Petitionsausschuss besprochen werden, ansonsten hinter verschlossenen Türen. Das ist wahrscheinlicher, denn bislang sind erst etwa 10000 Stimmen beisammen. Initiator Krummeck gibt aber nicht auf. „Ich möchte die Menschen sensibilisieren“, sagt er.

Rechtliche Bevorzugung

Krummeck, ein 57 Jahre alter Informatiker, lebt in Schöneberg im Hunsrück. In der Gemeinde am Soonwald sind Windkraftanlagen geplant, womit Krummeck überhaupt nicht einverstanden ist. Er hat sich also in die komplizierte Materie des Genehmigungsverfahrens vertieft.

Krummeck und seine Mitstreiter fordern in der Petition, den Paragraphen 35, Absatz 5, des Baugesetzbuches zu ändern. Denn dieser Paragraph privilegiert Windkraftanla-



Windräder, so weit das Auge reicht: Im Kreis Paderborn, hier der Windkraftpark in Altenbeken, stehen mehr Windkraftanlagen als in ganz Baden-Württemberg.

Foto: dpa

gen. Krummeck kritisiert, der Paragraph erlaube es, diese Anlagen zu errichten, ohne die betroffenen Bürger einzubeziehen.

Um was geht es genau? Paragraph 35 des Baugesetzbuches regelt das Bauen im sogenannten Außenbereich von Städten und Gemeinden. Es geht um Flächen, die außerhalb normaler Wohn- oder Geschäftsbauweise nicht gebaut werden, der Paragraph 35 regelt die Ausnahmen, etwa für land- und forstwirtschaftliche Betriebe.

Absatz 5 erlaubt auch den Bau von Windenergieanlagen. Das Bundesverwaltungsgericht hat in einer Entscheidung präzisiert, dass Kommunen solchen Anlagen einen „substanzialen Raum“ zur Verfügung stellen müssen. Das bedeutet, dass Städte und Gemeinden den Bau von Windkraftanlagen erlauben müssen, wenn nicht gewichtige Gründe dagegen sprechen – der Natur, der Arten- oder der Lärm-

schutz zum Beispiel. Ist das nicht der Fall, können die Kommunen nur mit einem Flächennutzungsplan steuern, wo Windkraftanlagen gebaut werden.

Krummeck hält dies für falsch: „Denn selbst Kommunen, die überhaupt keine Windkraft wollen, müssen Flächen dafür ausweisen.“ Er fordert: „Gemeinden und Bürger müssen selbst darüber bestimmen können, ob sie Windkraftanlagen wollen oder nicht.“

„Unsere Pflicht ist getan“

Die Bestimmung des Paragraphen 35, Absatz 5, treibt hauptsächlich Kommunen in Nordrhein-Westfalen um, heißt es beim Deutschen Städte- und Gemeindebund. Besonders gespannt ist die Lage im Kreis Paderborn. Landrat Manfred Müller (CDU) erklärt: „Wir haben bei uns im Kreis insgesamt 400 Windkraftanlagen stehen – mehr als es in ganz Baden-Württemberg gibt.“ Außerdem liegen seiner Behörde

120 Anträge für weitere Anlagen vor. Der Landkreis wird wahrscheinlich rechtlich dazu verpflichtet sein, den Bau der meisten zu gestatten, sagt er.

Auch Landrat Müller spricht sich dafür aus, die Privilegierung von Windkraftanlagen im Baugesetzbuch abzuschaffen, obwohl er ansonsten sagt: „Ich stehe den regenerativen Energien positiv gegenüber. Allerdings hat der Landkreis Paderborn seine Schuldigkeit getan.“ Er plädiert dafür, bei der Windkraft einen „geografischen Deckel“ einzuführen, das heißt, die Anlagen deutschlandweit gerechter zu verteilen.

Der Landkreis Paderborn ist für Windkraftbetreiber besonders lukrativ, weil dort viel Wind weht. „Es ist sehr viel Geld im Spiel, und es wird mit harten Bandagen gekämpft“, sagt Müller. Die Rechtsprechung des Oberverwaltungsgerichtes Münster lässt den Gemeinden wenig Spielraum, wenn es um

die Ausweisung Flächen für Windkraftanlagen geht. Die Kommunen haben laut Landrat Mülle aufgrund der komplexen Rechtslage große Probleme, rechtssicher zu planen. In zwei Gemeinden im Kreis – in Büren und in Bad Wünnenberg – haben Gerichte Flächennutzungspläne für nichtig erklärt, so dass Windkraftanlagen dort quasi überall außerhalb des Ortes möglich sind – ob die Kommunen wollen oder nicht. „Die Planungshoheit der Gemeinden wird damit ausgehöhlt“, kritisiert Müller.

In Hessen ist das Ganze übrigens kein großes Thema, heißt es beim Hessischen Städte- und Gemeindebund. „Es gibt eher die Klage, dass die Kommunen mehr Windkraftanlagen errichten möchten als bislang“, sagt Florian Christopher Weber, Jurist bei dem Verband.

Er gibt Folgendes zu bedenken: Streiche man den Windkraft-Passus im Baugesetzbuch, dann wäre die Errichtung von Windkraftanlagen

nicht mehr möglich. Die große Koalition in Berlin dürfte deshalb kein Interesse daran haben, das Baugesetzbuch zu ändern. Sind sich doch Union und SPD einig, auch künftig auf Windkraft zu setzen. „Kaum durchsetzbar“, sagen Experten deshalb zu der Forderung, die Privilegierung der Windkraft zu streichen.

Die Petition von Karl-Heinz Krummeck und seinen Mitreitern wird also wahrscheinlich Anlass für eine Diskussion im Petitionsausschuss sein, aber keine gesetzgeberischen Folgen im Bundestag haben. Krummeck lässt sich davon nicht entmutigen. „Das Gute wird sich durchsetzen“, ist er überzeugt. Er glaubt, dass seine Petition eine Debatte anstoßen wird. Die Unterstützer der Petition zeigen ihm: „Ich bin nicht allein.“

Wer die Petition unterstützen möchte, findet mehr Informationen im Internet unter www.ber.de. Dort gibt es einen Link zur Petition für den Bundestag.